

Anrede,

ich möchte an den Anfang dieser Debatte eine klare Botschaft setzen: Wir alle sind den Kindern und Jugendlichen in unserem Land zu großem Dank verpflichtet. Die allermeisten von ihnen haben in dieser besonderen Situation, in der größten Pandemie seit 100 Jahren, eine beispielhafte Solidarität bewiesen. Obwohl weitaus weniger gefährdet und weit weniger am Infektionsgeschehen beteiligt als die sonstige Bevölkerung, haben Kinder und Jugendliche viele Opfer gebracht. Sie haben damit sehr viele ältere Menschen vor einer Infektion geschützt und vielen das Leben gerettet. Wenn wir uns jetzt über sinkende Infektionszahlen freuen, dann hat das viele Gründe. Aber ohne die Mitwirkung der jungen Menschen hätten wir es nicht geschafft! Dafür gebührt ihnen nicht nur unser herzlicher Dank, sondern auch unsere Solidarität, wenn es um ihre Anliegen geht - um ihre Zukunft, um die Zukunft des Planeten, aber auch um die Beseitigung der Schäden, welche die Pandemiebekämpfung bei vielen jungen Menschen hinterlassen hat.

Denn es sind gerade junge Menschen, die unter den Lockdownbedingungen gelitten haben, deutlich stärker als ältere. Sie haben einen anderen Zeithorizont, für sie sind die vergangenen 16 Monate ein wesentlicher Teil ihrer Lebenszeit. Die pädagogische Begleitung, die Kinder und Jugendliche bei Übergängen brauchen, musste vielfach entfallen. Beim Übergang von der Kita in die Grundschule, von der Grundschule in die Sekundarstufe, von der Schule in die Ausbildung und ins Studium. Das hat bei vielen, auch bei jungen Menschen aus einem unterstützenden Elternhaus, Spuren hinterlassen.

Kinder und Jugendliche und deren Eltern, ihre Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter berichten von Kopfschmerzen, von Depressionen und Panikattacken. Mindestens 30 Prozent zeigen nach der renommierten Copsy-Studie Anzeichen ernsthafter psychischer Erkrankungen. Wir sind in der Kinder- und Jugendpsychiatrie mit einer gestiegenen Zahl an Erstanträgen und Akutbehandlungen konfrontiert. Und das vor dem Hintergrund, dass sich die Zahl der

therapiebedürftigen Kinder schon zwischen 2009 und 2019 verdoppelt hatte. Offenkundig ist auch, dass mit den Kontaktbeschränkungen die Gewalt gegen Kinder im häuslichen Umfeld zugenommen hat. Der Beauftragte der Bundesregierung Rörig spricht von einer massiven Zunahme bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder.

Viele dieser Nöte und Probleme wurden auch bei dem Jugendhearing deutlich, das Minister Manne Lucha im Mai durchgeführt hat.

Klar ist deshalb: Wir müssen auf diese Herausforderungen als Politik, gemeinsam mit dem Gesundheitswesen, Antworten suchen und finden. Der grün-schwarze Koalitionsvertrag gibt hierfür die Richtung vor. Wir wollen kurzfristig einen ressortübergreifenden Masterplan entwickeln, um einer Verfestigung von Corona-Folgeschäden bei Kindern, Jugendlichen und ihren Familien entgegenzuwirken.

Der Masterplan soll ein ambitioniertes Bildungsprogramm umfassen und Maßnahmen definieren, um die sozial-emotionale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu

stärken. Zum Bildungsprogramm, das mit Bridge the Gap, den Lernbrücken und dem Programm Rückenwind kurz- wie langfristig ausgerichtet ist, haben die Kultusministerin und die Wissenschaftsministerin schon intensive Vorarbeit geleistet. Mit einer begeisternden Resonanz bei Lehramtsstudierenden, aber auch aus der Jugend- und Erwachsenenbildung. Dabei gehen sie von einem ganzheitlichen Bildungsverständnis aus. Das bedeutet: Kein zusätzlicher Druck, sondern mit Hilfe zusätzlicher Kräfte das verstärken, was auch im Koalitionsvertrag als Gelingensfaktoren für eine gute Pädagogik steht: eine anregende, unterstützende und angstfreie Lernatmosphäre. Das bedeutet auch: Kinder und Jugendliche brauchen Ferien zur Regeneration. Sie haben sich in der Pandemie schließlich nicht ausgeruht.

Sie benötigen Verlässlichkeit für einen geregelten Schulbetrieb. Kultusministerin Theresa Schopper hat hier in den wenigen Tagen ihrer Amtszeit bereits erste wichtige Eckpunkte gesetzt. Das ist auch deshalb wichtig, weil Schulen nicht nur Lernorte sind, sondern mit die wichtigsten Lebens- und

Begegnungsräume für Kinder und Jugendliche. Gerade in Bezug auf die Persönlichkeitsentwicklung wird hier fürs Leben gelernt, in der Resonanz und in der notwendigen Auseinandersetzung mit Gleichaltrigen. Dies gilt übrigens ebenso für Studierende. Wir begrüßen daher die intensiven Bemühungen von Wissenschaftsministerin Bauer um ein gesichertes Präsenzstudium. Ein viertes Online-Semester würde bedeuten, dass manche Masterstudierende bis zum Ende ihres Studiums nie ihre Hochschule gesehen haben. Dies gilt es zu vermeiden!

Viele junge Menschen werden die Belastungen durch eine unterstützende Umgebung schnell verkraften können. Vielen, die besonders sensibel oder durch ihre Lebensumstände zusätzlich gefordert sind, wird dies sehr viel schwerer fallen. Zumal sie in der Highspeed-Phase ihres Lebens, im Alter von 13 bis 30 Jahren, einen ganz besonderen Begegnungs- und Bewegungsdrang haben, im Sinne ihrer notwendigen Entwicklung und Verselbständigung.

Deshalb war für viele dieser Montag, der erste reguläre Schultag seit langem, ein Tag der Freude und der Befreiung.

Und deshalb ist es wichtig, dass wir den jungen Menschen die Unterstützung bieten, die sie brauchen. Dass wir sie stärken, sie empoweren – auch mit regionalen Netzwerken für den Kinderschutz.

Unser Koalitionsvertrag hat für die jungen Menschen eine Botschaft: Wir sehen Euch, Eure Nöte und Eure Bedürfnisse! Wir stärken Eure Beteiligungsrechte in allen Lebensfeldern, führen das Wahlalter 16 ein und haben keinen Haushaltsvorbehalt, wenn es um die Folgen der Pandemie geht. Hier die notwendige Unterstützung zu verweigern, würde nämlich bedeuten: Wir verschieben Lasten auf die Zukunft. Genau dies werden wir vermeiden! Kinder und Jugendliche haben, soweit es die Pandemie zulässt, Anspruch auf Normalität. Deshalb ist es wichtig, dass in den Sommerferien unbeschwerte Kinder- und Jugendfreizeiten stattfinden können, von denen häufig auch benachteiligte Kinder profitieren.

Viele von uns haben dazu in den vergangenen Tagen stapelweise Postkarten erhalten.

Deshalb sage ich an die Adresse der vielen Kinder und Jugendlichen, Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in der Jugendarbeit: Wir haben verstanden!

Ich freue mich, dass es uns jetzt, mit dem Ministerium und den Jugendverbänden gelungen ist, Regelungen zu finden, die den Gesundheitsschutz und zugleich ein unbeschwertes Ferienerlebnis ermöglichen. Zu unserer Verantwortung gehört auch, alles dafür zu tun, dass wir nie wieder in einen vergleichbar harten Lockdown gehen müssen. Dies umfasst weiterhin systematische Schnelltests, das Impfangebot für Kinder ab 12 Jahren, mit besonderem Vorrang für Vulnerable, sinnvolle Investitionen in die technische Infrastruktur und in den Gesundheitsschutz sowie eine Pädagogik und eine soziale Unterstützung, die Kinder und Jugendliche stark machen und ihnen Lebensperspektiven eröffnen. Junge Menschen müssen im Zentrum unserer Politik stehen - auch da, wo es nicht angenehm ist. Die Ausschreitungen in den Städten in der

jüngsten Vergangenheit sind nicht akzeptabel, es darf keine rechtsfreien Räume geben. Wir müssen hier klare Kante zeigen, zugleich aber auch fragen: Wie kommt es dazu? Wie können wir präventiv, zum Beispiel durch intelligente Sozialarbeit, Eskalationen vermeiden und Lebensperspektiven eröffnen?

Wir sollten also bei aller Sehnsucht nach Normalität nicht das Gestern und nicht das Morgen vergessen. Viele junge Menschen haben dies erfreulicherweise verstanden. Sie gehen wieder, wie Fridays for Future, für ihre Anliegen auf die Straße. Sie streiten, oft auch mit uns, für eine bessere Zukunft.

Lassen Sie uns dieses Anliegen in dieser Wahlperiode zum gemeinsamen Projekt der demokratischen Fraktionen machen. Lassen Sie uns zuhören und neugierig bleiben. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, dass sich gerade junge Menschen in einer offenen Gesellschaft zuhause fühlen!